

## Bildungsrat gefordert

Auf Initiative der Robert Bosch Stiftung haben sich in Berlin namhafte Bildungsexperten getroffen und die Grundzüge für einen künftigen Nationalen Bildungsrat erarbeitet. Vorbild für das diskutierte Modell war der Wissenschaftsrat, in dem Fachleute gemeinsam mit Bundes- und Landespolitikern erfolgreich inhaltliche Themen und Strukturfragen der Hochschul- und Forschungspolitik bearbeiten. Die Experten um den scheidenden Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Prof. Erich Thies und den Bildungsforscher Prof. Jürgen Oelkers waren sich einig, dass ein ähnlich aufgestellter Bildungsrat dazu beitragen könnte, wichtige Reformen des deutschen Bildungssystems voranzubringen. Der Bildungsrat könnte gemeinsame Entscheidungen der Bundesländer sinnvoll vorbereiten helfen und einen nationalen Konsens und entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung fördern. Für die Zusammensetzung des Gremiums empfehlen die Experten das Zweikammersystem. In der einen Kammer sitzen demnach die Vertreter des Bundes und der Länder, in der anderen Kammer die Experten bzw. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Ähnlich wie beim Wissenschaftsrat sollte die Berufung der wissenschaftlichen Mitglieder des Bildungsrats und der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch den Bundespräsidenten erfolgen. Für eine detaillierte Ausarbeitung des Konzepts sind weitere Expertenrunden vorgesehen, die die Bosch-Stiftung in Kooperation mit anderen Bildungsstiftungen organisieren will.

## Bildungspolitische Empfehlungen zur Inklusion

### Papier der Kultusministerkonferenz

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat Anfang 2011 die ländergemeinsame Empfehlung »Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen« veröffentlicht, die zurzeit in der Fachöffentlichkeit diskutiert wird (siehe im Netz unter: [www.kmk.org](http://www.kmk.org)).

### Fokus: Schule

»Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ist in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für alle Länder. Die vom Bundestag 2009 ratifizierte Konvention der Vereinten Nationen, die mit Artikel 24 den Ausbau des gemeinsamen Lernens in den Mittelpunkt stellt, ist dabei der vorgegebene Rahmen für die Länder«, erklärte dazu KMK-Präsident Bernd Althusmann. Fachleute aus Schulen, Verbänden, Wissenschaft und Politik berieten im Sommer 2010 auf einer KMK-Tagung über pädagogische und rechtliche Aspekte der Umsetzung der UN-Konvention in die deutsche Schulpraxis. Ihre Expertise ist in die ländergemeinsame Empfehlung eingeflossen. Die mit der Thematik befassten Verbände und die Öffentlichkeit, insbesondere die an der Fachtagung beteiligten Behinderten- und Berufsverbände, wollen durch ihre fachliche Rückmeldung einen Beitrag zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention leisten.

Einen grundlegenden Beitrag zur Umsetzung der Konvention hatte die Kultusministerkonferenz bereits mit dem Positionspapier »Pädagogische und rechtliche Aspekte der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention – VN BRK) in der schulischen Bildung« mit ihrem Beschluss vom

18. November 2010 geleistet. Das Recht von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen auf Bildung und den Ausbau des gemeinsamen Lernens von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen standen dabei im Vordergrund. In der zeitlichen Umsetzung und in schulstrukturellen Fragen sind die Länder jedoch unabhängig in ihrem Vorgehen. »Die Umsetzung der Konvention ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung – und damit eine langfristige gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Wir werden für Akzeptanz des gemeinsamen Unterrichts werben und in den Ländern die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen«, unterstrich Althusmann 2011. »Dies ist eine große Herausforderung, die wir beherzt anfangen. Gemeinsam mit den Schulen, Lehrern, Erziehern, Eltern und Verbänden wird uns dies gelingen.«

### Kritik von NGOs

Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention hat die aktuellen Papiere der Kultusministerkonferenz zur inklusiven Bildung kritisiert. »Die Papiere spiegeln die verbindliche Richtungsentscheidung der UN-Behindertenrechtskonvention für ein inklusives Bildungssystem nicht wider«, erklärte Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle, anlässlich der Veröffentlichung der »Eckpunkte der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems« im Sommer 2011. Die Monitoring-Stelle ist beim Deutschen Institut für Menschenrechte angesiedelt, das mit der Begleitung der Umsetzung beauftragt wurde (im Netz: [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)).

Zwei Jahre nach Inkrafttreten der

Konvention in Deutschland seien, so der Menschenrechtsexperte Aichele, entschlossene systematische Anstrengungen in den Bundesländern notwendig, um die Trennung von behinderten und nicht behinderten Kindern im Unterricht strukturell zu überwinden. An dem Ansatz der separierenden Förder- oder Sonderschule weiter festzuhalten sei mit der Konvention nicht vereinbar. Mit ihren Papieren billige die KMK aber einzelnen Bundesländern den Raum zu, existierende Sonderschulen unhinterfragt weiterzuführen oder ihr bestehendes Sonderschulwesen sogar weiter auszubauen. »In allen Bundesländern sind im schulischen Bereich enorme strukturelle Anstrengungen auf allen Handlungsebenen wie beispielsweise Recht, Schulorganisation, Aus- und Fortbildung, Ressourcenverteilung erforderlich, um das Recht auf inklusive Bildung mittel- und langfristig erfolgreich umzusetzen«, erklärte Aichele. Die Bundesländer seien zudem in der Pflicht, bereits kurzfristig, spätestens ab dem Schuljahr 2011/2012, das individuelle Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu einem sinnvollen wohnortnahen Bildungsangebot an einer Regelschule praktisch einzulösen.

Der Leiter der Monitoring-Stelle beklagte, dass die guten Erfahrungen mit gemeinsamem Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern in Deutschland zu wenig bekannt seien und die positiven Beispiele aus anderen Staaten zu wenig zur Kenntnis genommen würden. »Die Konvention ist nicht weltfremd, sondern Inklusion baut auf langjährigen Erfahrungen auf und ist – anders als meist vermutet – gut erprobt«, so Aichele. Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, angesiedelt im unabhängigen Berliner Institut für Menschenrechte, hat gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention den Auftrag, die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Sinne der Konvention zu fördern und zu schützen sowie die Umsetzung der UN-BRK in Deutschland konstruktiv wie kritisch zu begleiten.

## Welcher Abschluss hat mehr Gewicht?

### Diskussion um Deutschen Qualifikationsrahmen

Die Debatte über die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) in Deutschland geht weiter. Um die Transparenz von Lernleistungen und erworbenen Qualifikationen in der EU zu erhöhen sowie grenzüberschreitende Mobilität und lebenslanges Lernen zu fördern, wurde auf Empfehlung des Europäischen Parlaments 2008 der EQR für lebenslanges Lernen vorgelegt, der die Qualifikationen der allgemeinen, beruflichen und hochschulischen Bildung in einem einheitlichen System von acht Niveaustufen abbildet.

### DQR in Erprobung

Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verständigten sich in der Folge darauf, gemeinsam einen »Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen« (DQR) zu entwickeln. Im Frühjahr 2011 wurde von dem mit der Erarbeitung beauftragten

DQR-Arbeitskreis, an dem neben Bund und Ländern Vertreter der Allgemeinbildung, der Hochschulbildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Sozialpartner, der Wissenschaft und der Bildungspraxis beteiligt sind, ein erster DQR-Vorschlag veröffentlicht, der sich zurzeit in der Erprobung befindet. Nach den Konsultationen von Verbänden und Trägerzusammenschlüssen mit dem DQR-Arbeitskreis im Jahr 2011 wurde die politische Absicht deutlich, die außerschulische, »nonformale« Bildung an der Weiterentwicklung des DQR zu beteiligen – wobei den Akteuren gleichzeitig klar war, dass Praxisfelder wie die allgemeine oder politische Erwachsenenbildung sich nicht einfach dem bisherigen abschlussorientierten DQR-Schema zuordnen lassen (vgl. »Nonformale Bildung ist gefragt« in EB 3/11). Wie stark die Abschlussorientierung im Qualifikationsrahmen ist, zeigen auch die aktuellen Kontroversen. Bei der Gestaltung des DQR sprach sich die Kultusministerkonferenz im Herbst

### Inklusion: Lotsen-Programm in NRW

Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW werden seit 2010 Ehrenamtliche zum Lotsen bzw. zur Lotsin für Menschen mit Behinderung ausgebildet. So soll ein flächendeckendes Netz von ehrenamtlichen Lotsen auf Landesebene entstehen. Die Lotsen sind für Rat suchende Menschen mit Behinderung bzw. chronischer Erkrankung und deren Angehörige eine erste Anlaufstelle. Sie kennen sich in sozialrechtlichen und psychosozialen Fragestellungen aus und wissen, wer bzw. welche Institution in ihrer Region für welche Fragestellung zuständig ist. Die Lotsen für Menschen mit Behinderung sind ehrenamtliche Wegweiser und Vermittler.

Der MOBILE e.V. in Dortmund und das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter, das Mitglied im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ist und bei dieser Aufgabe mit dem Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln kooperiert, führen entsprechende Schulungen durch. Im Oktober 2011 überreichte Norbert Killewald, der Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter den 19 Teilnehmenden der Schulung im feierlichen Rahmen ihr Zertifikat. Weitere Infos finden sich unter: [www.lotsen-nrw.de](http://www.lotsen-nrw.de). Ansprechpartnerin im AZK: Hanna Stoewe, Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (02223)73122, E-Mail: [hanna.stoewe@azk.de](mailto:hanna.stoewe@azk.de).

2011 einstimmig dafür aus, die Zuordnung der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife, der Fachhochschulreife und der Abschlüsse der gesamten beruflichen Erstausbildung unter der Maßgabe der »Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung« vorzunehmen. Um diese übereinstimmende Position der Kultusminister und die daraus folgenden Einstufungen den Sozialpartnern, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zu erläutern, lud die KMK zu Gesprächen ein. Die Kultusminister erklärten ihre Absicht, den Dialog mit den Vertretern der dualen Berufsbildung fortzuführen und für den Bildungsstandort Deutschland im Rahmen des EQR den hohen Ansprüchen der Ausbildung in deutschen Schulen und Unternehmen gerecht zu werden. Auch Bundesbildungsministerin Schavan unterstützte in einem Interview die Forderung nach Gleichwertigkeit (B.Z., 23.10.11). Sie sagte u.a.: »Die Zahl der Akademiker ist nicht der einzige Hinweis auf die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems. Die Zahl der Meister zum Beispiel ist genauso ein Hinweis.«

## Kulturkampf?

Die konkreten Fragen zur Einstufung der jeweiligen Abschlüsse haben jedoch heftige Auseinandersetzungen hervorgerufen. Die Gewerkschaften sprachen im Herbst 2011 von einem »Kulturkampf«, die Wirtschaftsverbände waren ebenfalls unzufrieden, und aus Bildungsverbänden kam Kritik. In einem gemeinsamen Brief drohten DGB-Chef Michael Sommer und Handwerkspräsident Otto Kentzler wegen der höheren Einstufung der Abiturienten der KMK die Aufkündigung der Zusammenarbeit an. Man fürchtete allgemein, dass das »Flaggschiff« des deutschen Bildungssystems, das duale System von betrieblicher Lehre und Berufsschule, an Ansehen verliere. Die Sorgen beziehen sich darauf, dass das deutsche Abitur künftig auf Stufe fünf der insgesamt achtstufigen EU-weiten Werteskala eingeordnet werden soll, während sich die Berufsausbildung

auf drei Niveaustufen verteilt und der Abschluss einer betrieblichen Lehre in der Regel auf Stufe vier rangiert. In der EU haben bislang neun Staaten nationale Regelungen in Kraft gesetzt, vier weitere sollen folgen. Fast alle haben bisher Abitur und Lehre gleichwertig auf Stufe vier gesetzt. Länder wie Ös-

terreich oder Schweiz warten noch ab, die Franzosen haben sich dafür entschieden, schulische Abschlüsse erst einmal in der nationalen Werteskala auszusparen. Das Ansehen der beruflichen Bildung in Deutschland gilt, wie viele Beobachter konstatieren, international als gut. *js*

## Bildung auf einen Blick 2011

Im September 2011 wurde die jährlich erscheinende Studie »Bildung auf einen Blick 2011« der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgestellt. Die Studie liefert Ergebnisse zu bildungspolitischen Fragen aus internationaler Perspektive. Zu den positiven Ergebnissen gehört z.B., dass der Anteil von Personen, die ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen, von 26 % im Jahr 1995 auf 40 % im Jahr 2009 gestiegen ist. Die Absolventenquote im Hochschulbereich hat sich für denselben Zeitraum von 14 % auf 28 % in Deutschland sogar verdoppelt. Erhoben wurde auch, dass höhere Bildung sich lohnt. 86,4 % der Hochschulabsolventen waren im Jahr 2009 erwerbstätig. Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich im vorderen Mittelfeld. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am gesamten öffentlichen Haushalt ist ebenfalls zwischen 1995 und 2008 von 8,6 % auf 10,4 % gestiegen. Auf der anderen Seite hat die Studie festgestellt, dass der Anteil der Hochqualifizierten in Deutschland seit fünf Jahrzehnten kaum gewachsen ist. Vor 50 Jahren erwarb in Deutschland knapp jeder fünfte junge Erwachsene einen Hoch- oder Fachschulabschluss bzw. einen Meisterbrief. Heute ist es etwa jeder Vierte. Lag Deutschland vor einem halben Jahrhundert mit diesen Werten im Mittelfeld, so ist es nunmehr auf einen der untersten Plätze abgerutscht.

Der Deutsche Bildungsserver bietet ein Dossier an, das neben Hinweisen zum aktuellen Bericht auch Informationen zu den Studien seit 2001 enthält. Den Schwerpunkt des Dossiers bilden die Kurzfassungen der wichtigsten Ergebnisse für Deutschland, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgegeben werden. Im Netz: [www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3262](http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3262).

## Das IGELE geht an den Start

Das neue Modellprojekt IGELE (»InterGEnerationelles LErnen«) fördert innovative Bildungsformate, die den Dialog zwischen Jung und Alt auch in Zukunft gelingen lassen. An vier regionalen Standorten in Rheinland-Pfalz sollen Modelle zur intergenerationellen Arbeit in der konfessionellen Erwachsenenbildung erprobt und (weiter-)entwickelt werden. Mit Abschluss des Modellprojekts wird das »BestPractice IGELE« ermittelt und prämiert. Mit der Zertifizierung verbunden ist die Anerkennung als Modellstandort für herausragende Projekte intergenerationellen Lernens.

Das Modellprojekt IGELE ist ein Kooperationsprojekt der beiden Landesorganisationen Katholischen Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz und Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz e.V. Gefördert wird das Projekt durch das Weiterbildungs- und das Sozialministerium des Landes Rheinland-Pfalz.

Wer sich über das Projekt informieren oder sich bewerben möchte, findet alles Wissenswerte unter [www.igele.info](http://www.igele.info)

## Bildungsrepublik in der Kritik

### Gewerkschaften nehmen Stellung

»Bund und Länder setzen ihre Bildungsgipfelversprechen nur schleppend um. Gleichzeitig greifen viele Bundesländer bei Kitas, Schulen und Hochschulen zum Rotstift. Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana«, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock im Oktober 2011 mit Blick auf eine Bildungsgipfel-Bilanz, die der Essener Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm im Auftrag des DGB erarbeitet hat. Fast drei Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel ziehen die Gewerkschaftsverbände DGB, ver.di und GEW eine ernüchternde Bilanz. Ob bei den zusätzlichen Milliarden für das Bildungswesen, dem Ausbau der Krippenplätze oder der Absenkung der Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss und Ausbildung – die Fortschritte seien kaum messbar. »Die Länder alleine sind mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Bildungswesens schlicht überfordert. Dieser Trend wird sich durch die Schuldenbremse noch verschärfen. Doch ausgerechnet nach der Föderalismus-Reform bleibt der potenteste Geldgeber auf seinen Mitteln sitzen – der Bund. Deshalb muss das Kooperationsverbot abgeschafft werden«, so Sehrbrock weiter.

»Eine verfehlte Steuerpolitik entzieht den öffentlichen Haushalten die Handlungsspielräume, auch für Investitionen in Bildung. Gerechte Steuerpolitik geht anders, allein eine Vermögensteuer von nur einem Prozent würde dem Staat 20 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen. Bildung hat ihren Preis, aber sie ist diesen Preis auch wert«, erklärte dazu der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Für die GEW erklärte ihr Vorsitzender Ulrich Thöne: »Die öffentlichen Bildungsangebote müssen ausgebaut, ihre Qualität verbessert werden. Es

ist Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, endlich gemeinsam verbindlich zu regeln, dass deutlich mehr Geld aus öffentlichen Kassen in öffentliche Bildungseinrichtungen und in alle Bildungsbereiche investiert wird. Sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bleiben das Ziel, der Ausbau der frühkindlichen Bildung, flächendeckende Ganztagsangebote, die soziale Öffnung der Hochschulen und eine deutlich verbesserte Situation in der Weiterbildung die Aufgabe«.

### Gipfel-Bilanz

Vor drei Jahren, im Oktober 2008, verkündeten Bund und Länder auf dem Dresdner Bildungsgipfel gemeinsam bildungspolitische Ziele, die in den nächsten Jahren erreicht werden sollten (vgl. EB 4/08). Damals wurde insbesondere vereinbart:

- eine Steigerung der Bildungsausgaben auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP),
- eine Halbierung der Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss von damals 8 % auf 4 %,
- eine Halbierung der Quote junger Erwachsener ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung von damals 17 % auf 8,5 %,
- eine Erhöhung der Quote der Studienanfänger auf 40 % eines Altersjahrgangs,
- eine Steigerung der Weiterbildungsbeteiligungsquote von 43 % auf 50 % der Erwerbsbevölkerung.

Die Bilanz von Klemm nimmt sich diese Zielsetzungen vor und überprüft den erreichten Stand. Dem Ziel, die öffentlich und privat getragenen Bildungsausgaben auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, sei Deutschland im Jahr 2009 scheinbar nahegekommen. Berücksichtige man allerdings die Tatsache, dass das

Bruttoinlandsprodukt als Bezugsgröße durch die Wirtschaftskrise deutlich geschrumpft war und zugleich im damaligen Konjunkturpaket II zusätzliche Bildungsausgaben zeitlich befristet wurden, bleibe nur noch eine Steigerung der Bildungsausgaben von 8,6 % auf 8,7 % übrig. Bei anderen Positionen ist das Versagen noch deutlicher. So sei die angestrebte Halbierung der Quote der Absolventen allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss nicht einmal ansatzweise erkennbar. In den Jahren von 2000 bis 2009 sei diese Quote um gerade einmal 2,4 Prozentpunkte gesunken – von 9,4 % auf 7,0 %. Auch die gleichfalls angestrebte Halbierung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben, sei nicht in Sicht: Im Jahr 2010 liege sie nach wie vor bei 17,2 %.

### Weiterbildungsquote steigern

Ob die Steigerung der Quote der Erwerbstätigen, die an Weiterbildung teilnehmen, von 43 % auf 50 % tatsächlich erfolgt ist, lässt sich, so Klemm, mangels einer statistischen Grundlage, die auch den Zeitraum nach 2007 einbezieht, nicht beurteilen. Starke Chancengleichheit, so ein weiterer Befund, gebe es zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Analysiert man die im Dresdner Gipfel herausgestellten Handlungsfelder mit Blick auf migrationspezifische Ausprägungen, so stoße man auf ein schwer erträgliches Maß an Ungleichheit: Während 6,5 % der jungen Deutschen 2009 die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verließen, waren es bei ausländischen Jugendlichen 14,0 % (diese Daten beziehen sich auf die Staatsbürgerschaft). Auch bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss finde sich dieser Chancenunterschied: Bei denen ohne Migrationshintergrund haben 12,9 % keinen Berufsabschluss, bei denen mit einer Migrationsgeschichte sind es 30,7 % (2008). Die gesamte Studie findet sich unter [www.dgb.de/-/dYa](http://www.dgb.de/-/dYa).

js

## Politische Bildung ist gefordert

### Konferenzen und Planungen

Im Herbst 2011 gab es zwei wichtige Konferenzen, die sich mit der überregionalen Koordination der außerschulischen politischen Bildung und mit der Verstärkung ihrer öffentlichen Präsenz befassten, nämlich die Zusammenkunft des runden Tisches von Trägern und Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie die Mitgliederversammlung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), in dem auch die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) mitarbeitet.

#### Runder Tisch

Der runde Tisch, der vor zehn Jahren vom bpb-Präsidenten Thomas Krüger ins Leben gerufen wurde und der die zuvor geübte Praxis der »Partnertagungen« ablöste, kam am 12. Oktober in Königswinter zusammen. Präsident Krüger nahm an dem Treffen teil und berichtete über die prekäre Fördersituation der politischen Bildung (vgl. »Bildung für Demokratie« in EB 1/11). Dazu nahm dann vor allem der Referatsleiter »Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt« der Grundsatzabteilung des Bundesinnenministeriums (BMI), Dr. Axel Lubinski, Stellung. Trotz der Proteste aus dem Kuratorium der bpb oder aus der Trägerszene (s.u.) sei auch fürs nächste Jahr mit einer Kürzung beim Haushalt der Bundeszentrale zu rechnen. Lubinski sprach von einem »schmerzhaften Konsolidierungsprozess«, vor dem die öffentlich geförderte politische Jugend- und Erwachsenenbildung stehe. Zugleich machte er die Notwendigkeit deutlich, angesichts der gesellschaftlichen Krisenlagen einschlägige Bildungsanstrengungen zu verstärken. Krüger warnte davor – und erhielt dabei breite Unterstützung aus dem Trägerkreis –, die Förderung der

Pluralität in der Bildungslandschaft einzuschränken. Wenn die Kürzungsbeschlüsse bei der Bundeszentrale für politische Bildung aufrechterhalten blieben, sei bald mit einem »Ende der Bildungsarbeit in gesellschaftlicher Vielfalt« zu rechnen.

Weitere Beratungspunkte des runden Tisches waren die politisch-pädagogischen Innovationen im Rahmen des Web 2.0. Zu diesem Thema hat das bundesweite Beratungs- und Koordinationsgremium der politischen Bildung bereits einige Debatten und Projekte angestoßen (vgl. das Schwerpunktheft EB 2/11). Die Befassung mit den Chancen und Herausforderungen der sozialen Netzwerke soll in der Bildungsszene fortgesetzt werden; dafür steht als zentrale Anlaufstelle weiterhin die Website [www.pb21.de](http://www.pb21.de) zur Verfügung, die ab 2012 voraussichtlich vom Server der Bundeszentrale übernommen wird. Ferner wurde über didaktische Fragen (Modellprojekt »Jubiläumskinder«) und über förderungspolitische Entwicklungen diskutiert. Die Förderrichtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung, die zurzeit überarbeitet werden, sollten ursprünglich zum Jahresanfang in Kraft gesetzt werden. Nach den Informationen, die dem runden Tisch vorlagen, werden die neuen Richtlinien wohl nicht vor dem 1. Januar 2013 umgesetzt werden können. Mit Blick auf die Jahresanträge 2012 bleibt es daher bei der jetzigen Förderrechtslage.

#### Bundesausschuss

Der Bundesausschuss Politische Bildung kam am 8. November 2011 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zu seinem Herbstplenum zusammen. Bei der Zusammenkunft des bap, der Arbeitsgemeinschaft bundeszentraler Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, ging es natürlich

auch um die bedenkliche förderungs- und bildungspolitische Entwicklung. Wie von Trägerseite beim runden Tisch vorgetragen, wurde auch hier vor allem auf die Gefahr hingewiesen, dass sich in Zukunft das Profil und die Angebotspalette der »nonformalen« Bildungseinrichtungen verändern werde: Politische Bildung gerät zu einer Randgröße, ihre Wahrnehmbarkeit und öffentliche Relevanz nehmen ab. Die Mitglieder des bap wollen nun ihre Kräfte darauf konzentrieren, im Jahr 2012 auf die förderungspolitischen Weichenstellungen Einfluss zu nehmen.

#### Unterschriftenaktion

Angesichts der zu erwartenden Mittelkürzungen für die politische Bildung im Bundeshaushalt 2012 startete der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) im Sommer 2011 eine Unterschriftenkampagne. Bis Ende 2011 lagen ca. 5.000 Unterschriften vor. Die Aktion wurde damit vorerst abgeschlossen, die weiteren Schritte werden Anfang 2012 in die Wege geleitet. Informationen dazu finden sich auf der Homepage der Kampagne: [www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de](http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de). Der Bundesausschuss diskutierte auf seinem Plenum über Entwicklungen in Politik, Pädagogik und Öffentlichkeit, die die Profession betreffen. Der bap-Vorsitzende Lothar Harles, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Delegierte der Mitgliedsverbände und Vertreter aus Ministerien und Behörden, die mit der Förderung oder Umsetzung politischer Bildung befasst sind, berichteten über die einschlägigen Trends. Als neues Mitglied des bap wurde die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Bildungswerke (ADB e.V.) aufgenommen. Des Weiteren beschäftigte sich das bap-Plenum mit der Planung überregionaler Aktivitäten für das Jahr 2012.

Dazu gehörten vor allem der Bundeskongress Politische Bildung, den der bap 2012 erstmals mitveranstalten wird, und die Aktionstage Politische Bildung im Mai 2012. Die Aktionstage, die sich als öffentlichkeitswirksame

Aktion für die politische Bildung im staatlichen wie nichtstaatlichen Bereich etabliert haben und sowohl auf die Angebote als auch auf die Träger und Einrichtungen der Bildungsarbeit aufmerksam machen, werden gemeinsam von bpb und bap getragen. In 2012 wird die öffentliche, unter einem einheitlichen Signet gebündelte Präsentation von Veranstaltungen jedoch nur noch online erfolgen. Die Aktionstage beginnen am 5. Mai und finden dann mit dem Bundeskongress vom 21. bis 23. Mai in Berlin ihren Abschluss. Am 21. Mai wird auch die nächste Mitgliederversammlung des bap in Berlin stattfinden.

Im Studienteil der Herbstversammlung ging es um das Projekt »Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln – Stocktaking-Study zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland«, das vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und dem Bundesausschuss bis Anfang 2011 durchgeführt wurde. Eine Kurzfassung der Ergebnisse war im Journal für politische Bildung 2/11 erschienen (vgl. auch »Praxisforschung in der Weiterbildung«, in: EB 1/11). Helle Becker, die das Projekt geleitet hatte, diskutierte mit den Teilnehmern der Mitgliederversammlung die Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme der empirischen Praxisforschung.

Becker betonte, die Chancen, die Besonderheit und Leistungsfähigkeit der außerschulischen politischen Bildung genauer herauszuarbeiten. Dafür sei die Erziehungswissenschaft anschlussfähiger als die Politikwissenschaft. Wichtig für die Erwachsenenbildung ist auch ein anderes Ergebnis der Studie, die ja selber keine empirische Forschung betrieb, sondern den Bestand sichtete sowie im Blick auf weitere Forschungsvorhaben und die Vermittlung in die Praxis auswertete. Demnach ist in der Forschungsszene zur »nonformalen« politischen Bildung der Jugendbereich noch relativ gut vertreten. Wirklich Mangelware ist aber die empirische Erforschung politischer Erwachsenenbildung.

js

## Zeitschriftenschau: Inklusion

Als Online-Angebot gibt es die »Zeitschrift für Inklusion«. Es handelt sich um eine Fachzeitschrift mit dem Fokus integrativer Pädagogik und Inklusion, die mittlerweile viermal jährlich erscheint. Integrative Pädagogik wird hier verstanden als wissenschaftliche Beschäftigung mit dem gemeinsamen Leben, Lernen und Arbeiten von behinderten und nicht behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in allen Lebensbereichen. Inklusion, so das Selbstverständnis der Redaktion, ist die Vision von einem gesellschaftlichen Zusammenleben, in dem stigmatisierende Dichotomien wie »behindert/nicht behindert« bedeutungslos werden. Darüber hinaus befasst sich das publizistische Unternehmen mit der internationalen Perspektive und mit der Frage einer Weiterentwicklung von integrativer Pädagogik.

Die Zeitschrift, die seit 2006 erscheint, wird von einem Kreis von Fachwissenschaftlern und Fachwissenschaftlerinnen betreut. Das aktuelle Onlineheft 2/11 befasst sich mit der Umsetzung der UN-Konvention. Im ersten Beitrag analysiert Torsten Dietze das zum Thema »Sonderpädagogische Förderung« aktuell verfügbare Datenmaterial der amtlichen Schulstatistik 2009/10. Anschließend geht Ewald Feyerer auf das Spannungsverhältnis zwischen der Forderung der UN-Konvention nach einer Schule für alle und bestehenden Unsicherheiten bei der praktischen Umsetzung gemeinsamen Unterrichts ein. Rainer Grubrich betrachtet die aktuelle schulische Situation von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Österreich vor dem Hintergrund des ersten Staatenberichts über die innerstaatliche Umsetzung der Konvention vom Oktober 2010. Johannes Schädler, Albrecht Rohrmann und Thomas Franzkowiak berichten von den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung zum Stand und zu den Perspektiven inklusiver Erziehung in Südwestfalen. Die Studie entstand im

Zusammenhang mit dem EU-Projekt »Pathways to Inclusion«, das sich u.a. damit befasst, wie die Zielsetzungen inklusiver Erziehung auf lokaler Ebene umgesetzt werden bzw. welcher Stellenwert entsprechende Entwicklungsperspektiven bei den lokalen Akteuren haben.

Auf Basis schulstatistischer Daten, einer Online-Befragung und Experteninterviews werden die Verhältnisse in einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften untersucht. Dabei wird neben der Schule auch auf vor-, nach- und außerschulische Bildungseinrichtungen eingegangen.

Rheinland-Pfalz ist übrigens das erste Bundesland, das mit einem landesweiten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufwarten kann. Ottmar Miles-Paul, rheinland-pfälzischer Landesbehindertenbeauftragter, erläutert den Planungs- und Entwicklungsprozess dieses Aktionsplans und stellt seine inhaltlichen Grundzüge vor.

Mit dem Heft 2/11 startet die Redaktion außerdem eine Reihe zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich der einzelnen Bundesländer. Skizziert und kommentiert wird jeweils der Stand bildungspolitischer Gesetzesvorhaben und Aktionspläne, insbesondere bezogen auf die Schulentwicklung sowie den Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung. In der Ausgabe 2/11 gibt es Berichte zu Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Zeitschrift bringt zudem Rezensionen. Als Themenschwerpunkte der folgenden Ausgaben sind geplant: »Ausbildung für Inklusion« (Heft 3/2011), »Inklusion braucht Strukturwandel: Policy making – Change Management – Gestaltung von Veränderungsprozessen – Organisationsentwicklung« (Heft 4/2011). Weitere Themenplanungen sind: Begriff der Inklusion, Didaktik im Kontext von Inklusion. Netzadresse: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion).

## PISA für Erwachsene gestartet

### Kompetenzen im Mittelpunkt der Befragungen

Im Sommer 2011 ist die PIAAC-Hauptstudie – auch »PISA für Erwachsene« genannt – zeitgleich in 25 Ländern gestartet. Von August 2011 bis März 2012 sollen in Deutschland mindestens 5.000 Personen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren befragt werden. Sie wurden aus den Daten der Einwohnermeldeämter nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Für die Befragung sind 130 Interviewerinnen und Interviewer von TNS Infratest in ganz Deutschland im Einsatz. Sie wurden zuvor eigens für PIAAC geschult und werden die ausgewählten Personen persönlich kontaktieren. Geprüft werden Lesekompetenz (Literacy), Alltagsmathematische Kompetenz (Numeracy) sowie Pro-

blemlösekompetenz im Kontext neuer Technologien. Eine Beispielaufgabe für die Lesekompetenz besteht etwa darin, die Aussagen eines Beipackzettels zu interpretieren, eine Beispielaufgabe bei der mathematischen Kompetenz ist eine einfache Prozentrechnung. Im Hintergrundfragebogen werden außerdem zusätzliche Informationen, z.B. das Alter, das Bildungsniveau oder die berufliche Situation, erfasst.

PIAAC steht für »Programme for the International Assessment of Adult Competencies«. Das Untersuchungsprojekt soll erstmalig Aussagen dazu ermöglichen, über welche Kompetenzen die erwachsene Bevölkerung verfügt und wie sie diese in Alltag und Beruf

nutzt. Die Ergebnisse sollen Entscheidungsgrundlagen für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik liefern sowie Hinweise darauf geben, inwieweit Bildungsangebote verbessert werden müssen, um die Aus- und Weiterbildungssysteme den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dabei sollen die 25 Länder, in denen PIAAC zeitgleich durchgeführt wird, gegenseitig voneinander lernen. Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Überlegt wird, PIAAC in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, um so Veränderungen zu dokumentieren. In Deutschland wird PIAAC vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales finanziert. Für die Durchführung von PIAAC in Deutschland ist GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften – in Mannheim unter der Leitung von PD Dr. Beatrice Rammstedt verantwortlich (im Netz: [www.gesis.org/piaac/home/](http://www.gesis.org/piaac/home/)).

## Baden-Württemberg: Bündnis für Lebenslanges Lernen

Das im Januar 2011 vom Land und relevanten Trägern der Weiterbildung geschlossene Bündnis für Lebenslanges Lernen wird von der grün-roten Landesregierung gemäß Koalitionsvertrag fortgeführt und steht allen interessierten Weiterbildungseinrichtungen im Land zur Teilhabe offen. Dies wurde im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport bei der Beratung eines einschlägigen Antrags der CDU-Fraktion deutlich.

Nach Angaben des Vorsitzenden des Gremiums, des Grünen-Abgeordneten Siegfried Lehmann, wurde von allen Mitgliedern des Ausschusses der hohe Stellenwert des Bündnisses ausdrücklich betont. Wie die Fraktionen des Landtags entsprechend dem Antrag der CDU künftig an den Beratungen des Bündnisses beteiligt werden können, dazu habe das Kultusministerium im Ausschuss Vorschläge zugesagt. Lehmann wies darauf hin, dass das Bündnis für Lebenslanges Lernen ent-

sprechend dem Koalitionsvertrag fortgeführt und als »Weiterbildungspakt« mit konkreten Zielvorgaben ausgestaltet werde. Die Ziele des Bündnisses seien durch die Arbeitsaufträge der Enquetekommission des Landtags »Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung« vorgegeben. So solle die Weiterbildungsbereitschaft insgesamt, insbesondere im Bereich der bildungsfernen Schichten, erhöht werden. Geeignete Maßnahmen hierzu sollten von den Weiterbildungseinrichtungen diskutiert und konzipiert werden. Außerdem gehe es um die Entwicklung und Umsetzung innovativer Lehr- und Lernformen. Und schließlich solle sich die Bildungsberatung verstärkt an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Beratungssuchenden orientieren. Das Beratungsnetzwerk solle für eine flächendeckende Versorgung, entwerfe Beratungsstandards, entwickle Marketingstrategien, organisiere Fort-

bildungen und nutze neue Formen der Beratung.

Laut Lehmann bestand im Bildungsausschuss Einigkeit darüber, dass lebenslanges Lernen, das neben Fort- und Weiterbildungen auch Prozesse des informellen bzw. nonformalen Lernens beinhaltet, immer wichtiger wird. Was die finanzielle Unterstützung des Bündnisses angehe, so habe der Landtag noch im Februar 2011 insbesondere für die Konzeption eines Landesprogramms zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung und zur Erprobung von Modellen ein 2-Millionen-Euro-Paket verabschiedet. Den jetzt von der CDU eingebrachten Antrag, in Anlehnung an dieses Paket für einschlägige Maßnahmen in den kommenden beiden Haushaltsjahren je zwei Millionen Euro zu veranschlagen, habe die Ausschussmehrheit jedoch abgelehnt. Eine solche Entscheidung, so Lehmann, sei Gegenstand der Haushaltsberatungen.

## Weiterbildungsbeteiligung 2010

Im Oktober 2011 ist der Bericht zur »Weiterbildungsbeteiligung 2010« erschienen. Er zeigt, dass Deutschlands Weiterbildungsbereich im europäischen Vergleich – trotz einer leicht rückläufigen Beteiligung – gut aufgestellt ist. Jedoch wird ebenfalls deutlich, dass der Zugang zur Weiterbildung nach wie vor durch soziale Lage und Bildungshintergrund bestimmt

ist. Der Bericht belegt u.a., dass Arbeitslose seltener als Beschäftigte, Menschen mit Migrationshintergrund seltener als Deutsche, unzureichend Gebildete seltener als besser Gebildete an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Bemerkenswert sind der Rückgang der Weiterbildungsbeteiligung unter den Jüngeren und die Zunahme bei den Älteren. Der Adult Education Survey (AES) enthält darüber hinaus Fakten zum informellen Lernen, zum zeitlichen Umfang der

Weiterbildungsaktivitäten, zu Lernmotiven, Bildungsbarrieren und Kosten, sodass das Weiterbildungsverhalten in seinen verschiedenen Facetten sichtbar wird. Ausgewählte Materialien des Berichts sind online unter [www.die-bonn.de/weiterbildung/literaturrecherche/details.aspx?ID=9339](http://www.die-bonn.de/weiterbildung/literaturrecherche/details.aspx?ID=9339) abrufbar. Als Nachfolger des Berichtssystems Weiterbildung (BSW) erscheinen die Analysen des AES zur »Weiterbildungsbeteiligung« alle drei Jahre. Herausgegeben werden sie vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. Die Printversion erscheint im W. Bertelsmann Verlag (wbv) in Bielefeld.

## 60 Jahre DIPF

Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) hat im Oktober 2011 sein 60-jähriges Bestehen mit einem großen Festakt in Frankfurt am Main gefeiert. Mit Wissen über Bildung trägt das DIPF seit seiner Gründung im Jahr 1951 dazu bei, Qualität und Gelingen von Bildung zu verbessern. »Wir sind heute nationales Kompetenzzentrum für Bildungsforschung und Bildungsinformation und wollen diese Stellung künftig noch ausbauen«, betonte Professor Marc Rittberger, Direktor des DIPF, in seiner Festansprache. Vor rund 350 Gästen aus Wissenschaft, Politik und Praxis wurden die Leistungen des Leibniz-Instituts von namhaften Gastrednern gewürdigt. Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind u.a. die Lehrerfortbildung, die Entwicklung von Schul- und Intelligenztests, die internationale Kommunikation zum Bildungswesen, der interkulturelle Vergleich der Bildungssysteme, die Bildungsinformation und die empirische Bildungsforschung. Für die Weiterbildung spielt das DIPF eine Rolle durch die Beteiligung am nationalen Bildungsbericht oder durch die Betreuung des Deutschen Bildungsservers. Das DIPF hat seit seiner Gründung seinen Dienstsitz in Frankfurt und seit Anfang der 90er-Jahre auch einen zweiten Standort in Berlin. Am Institut arbeiten heute rund 280 Beschäftigte – vor allem hochqualifizierte Wissenschaftler. Kontakt: [www.dipf.de](http://www.dipf.de).

## VON PERSONEN

Für sein besonderes Engagement zum Gelingen einer guten Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschland erhielt der ehemalige stellvertretende Leiter der Benediktushöhe Retzbach, **Karl-Heinz Born**, die Auszeichnung »Guter Nachbar« des Deutsch-Polnischen Jugendwerks.

**Prof. Philipp Gonon** ist neuer Mitherausgeber von »Report – Zeitschrift für Weiterbildungsforschung«, die im Auftrag des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) herausgegeben wird. Gonon, Inhaber des Lehrstuhls für Berufsbildung an der Universität Zürich, folgt auf **Prof. Christiane Schiersmann**, Universität Heidelberg.

**Sabine Schiedermaier** wurde zur neuen Bundesvorsitzenden der KAB Deutschlands gewählt. Erneut in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt wurde **Georg Hupfauer**, neuer Bundespräsident ist **Johannes Stein** aus dem Diözesanverband Trier.

**Dr. Alois Becker**, ehemaliger Direktor der Akademie Klausenhof, ist neuer Vorsitzender der FEECA, dem Dachverband der katholischen Erwachsenenbildung in Europa.

Neuer Vorsitzender der AKSB ist **Bernward Bickmann**. Die AKSB-Mitgliederversammlung wählte den 56-jährigen Diplom Politologen in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Mit seiner Wahl löst Bickmann den langjährigen Vorsitzenden der AKSB, **Dr. Alois Becker** ab, der nicht mehr kandidierte. Bickmann ist seit 1996 Leiter des Franziskanischen Bildungswerk e.V., Großkrotzenburg, und zusätzlich seit 2009 Geschäftsführer der Franziskanergymnasium Kreuzburg gGmbH. In der AKSB war Bickmann bisher Stellvertretender Vorsitzender. Als neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Mitgliederversammlung **Benedikt Widmaler**, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung, Haus am Maiberg. Als weiteres Vorstandsmitglied wurde **Dr. Siegfried Grillmeyer**, Akademiedirektor des Caritas-Pirckheimer-Hauses in Nürnberg gewählt. Den Vorstand ergänzen **Ulrike Gentner**, Heinrich Pesch Haus Ludwigshafen, **Pater Johann Spermann SJ**, Leiter des Heinrich Pesch Hauses, und **Alois Nock**, Geschäftsführer der kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen.

**Prof. Dr. Dr. Ekkehard Nulssl von Rein** wurde als Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung DIE während einer Feierstunde verabschiedet. Eine Nachfolgeregelung hat das DIE noch nicht bekannt gegeben.